

---

# amnesty international

---

## Rechte niedergewalzt Zwangsvvertreibungen in Kambodscha

Zusammenfassung

AI Index: ASA 23/002/2008

---

*"Mein Sohn wurde verhaftet und geschlagen, während er Habseligkeiten aus dem Haus einsammelte. Ich sah sie mit ihm weggehen und auf ihn einprügeln. Dann wurde er gefesselt und auf den Lastwagen geladen. (...) Früher ging er angeln und arbeitete auf dem Hof. Auf wen kann ich mich denn jetzt stützen? Seit er verhaftet wurde, konnte ich überhaupt nichts mehr verdienen. Mein Haus wurde vollständig niedergebrannt."*

Dorfbewohnerin, die am 20. April 2007 aus Mittapheap 4 Dorf, Sihanoukville, vertrieben wurde.

Die Politik der kambodschanischen Regierung zur Armutsreduzierung, für Entwicklung und Fortschritt<sup>1</sup> steht im krassen Gegensatz zu den Realitäten tausender Menschen, die ihre Häuser, Eigentum und Lebensgrundlagen durch illegale Zwangsvvertreibungen verloren haben.

Eine Zwangsvvertreibung ist *'die dauerhafte oder zeitweise Vertreibung von Individuen, Familien und/oder Gemeinschaften aus ihren Häusern und/oder dem von ihnen bewohnten Land, ohne die Vorsehung oder den Zugang zu Rechtsschutz oder einer anderen Form von Schutz.'*<sup>2</sup> Zwangsvvertreibungen wurden von der UNO-Menschenrechtskommission als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung anerkannt.<sup>3</sup> Häufig gehen sie einher mit anderen Menschenrechtsverletzungen, wie die Beispiele aus dem Bericht zeigen.

Als Vertragspartei des Internationalen Pakts zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (Pakt I) und anderen internationalen Menschenrechtsverträgen, die Zwangsvvertreibungen und damit zusammenhängende Menschenrechtsverletzungen verbieten, hat Kambodscha die Pflicht, alle

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. die Ansprache des Premierministers Hun Sen zur "viereckigen Strategie" für Wachstum, Beschäftigung, Gleichheit und Effizienz, 16. Juli 2004

<sup>2</sup> Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, General Comment 7, 16. Sitzung (1997)(58): Das Recht auf angemessene Unterkunft (Art. 11 (1) des Pakts): Zwangsvvertreibungen, Abs. 3.

<sup>3</sup> UNO-Menschenrechtskommission Resolution 1993/77, 10. März 1993, Abs. 1.

Zwangsvertreibungen zu beenden und seine Bevölkerung vor Zwangsvertreibungen zu schützen.

Dieser Bericht zeigt auf, dass die von Zwangsvertreibungen betroffenen Menschen im Vorfeld keine Möglichkeit hatten, wirksam ihr Recht auf Partizipation und Konsultation auszuüben. Diese Vorgaben werden in den internationalen Menschenrechtsnormen gemacht, und Kambodscha als Vertragspartei ist dazu verpflichtet, sie einzuhalten. Informationen über geplante Zwangsvertreibungen und Vorkehrungen für eine Umsiedlung waren oft unvollständig und falsch. Dadurch wurden die Betroffenen in ihrem Recht auf Information verletzt. Durch die Verhinderung des Zugangs zu rechtzeitiger, relevanter und korrekter Information wird das Recht der Menschen, an Entscheidungen teilzunehmen, die die Ausübung ihrer Menschenrechte betreffen, verletzt, insbesondere das Recht auf angemessene Unterkunft. Wenn die Menschen nicht rechtzeitig über eine geplante Räumung informiert werden, können die betroffenen Gemeinschaften nicht Gebrauch machen von ihrem Recht, sich den Befehlen zu widersetzen und, falls nötig, auf dem Rechtsweg eine Wiedergutmachung zu verlangen.

In Fällen, in denen scheinbar ein Konsultationsprozess mit den betroffenen Gemeinschaften durchgeführt wurde, wurden die Entscheidungen über die Vertreibung und Umsiedlung in Wahrheit bereits vorher von den Behörden getroffen. Dadurch wurde das Recht der Betroffenen verletzt, Alternativvorschläge zu machen, die dann auch ordnungsgemäss geprüft wurden. Amnesty International fordert in diesem Bericht die kambodschanischen Behörden auf, sich an ihre Verpflichtungen unter internationalen Menschenrechtsnormen zu halten und den von Vertreibungen betroffenen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit echter Partizipation und Konsultation zu geben.

Der unzureichende Rechtsschutz vor Zwangsvertreibungen und die mangelhafte Anwendung bereits existierender Rechtsvorschriften führt zu einer Lücke in der Rechenschaftspflicht. Dadurch werden marginalisierte Menschen, insbesondere diejenigen, die in Armut leben, noch verwundbarer für Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Zwangsvertreibungen.

Die kambodschanischen Behörden schützen ihre Bevölkerung nicht vor Zwangsvertreibungen, weder durch das Gesetz, noch in der Praxis. RegierungsvertreterInnen sind häufig direkt involviert oder unternehmen nichts, wenn Gesetze selektiv oder gar nicht angewendet werden. Dadurch bleiben diejenigen mit politischer oder wirtschaftlicher Macht straflos, wenn sie sich willkürlich Land von marginalisierten Menschen aneignen. Solche geheimen Absprachen zwischen lokalen Behörden und mächtigen Einzelpersonen, die einen Anspruch auf Land erheben, öffnet der Vergabe von dubiosen Landtiteln und Räumungsbefehlen Tür und Tor. Dadurch wird das Rechtssystem dazu missbraucht, den Opfern die Möglichkeit zu verwehren, ihre Rechte einzufordern.

Da mindestens 150'000 KambodschanerInnen aus allen Landesteilen von Zwangsvertreibungen für Entwicklungsprojekte, Bodenstreitigkeiten und Landraub bedroht sind, besteht das dringende Bedürfnis, das Rechtssystem zu stärken, um die Bevölkerung vor diesen Vertreibungen zu schützen.

Amnesty International fordert die kambodschanische Regierung dazu auf, alle Zwangsvertreibungen zu beenden. Ausserdem appelliert die Organisation an die Regierung, ein Moratorium für alle Massenvertreibungen zu verhängen, bis rechtliche und politische Massnahmen getroffen wurden, die sicherstellen, dass jede unumgängliche Räumung nur in voller Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsnormen durchgeführt wird. Amnesty International ist davon überzeugt, dass diese Schritte ein deutliches Signal aussenden würden, dass die kambodschanische Regierung die Probleme des Landraubs, der Verbreitung von Landlosigkeit und der Zunahme an Bodenstreitigkeiten lösen will. Amnesty International drängt die kambodschanische Regierung dazu, das Recht ihrer Bevölkerung auf angemessene Unterkunft zu schützen und sicherzustellen, dass ihre Strategien zur Erreichung ihres Programms für die Armen die Menschenrechte respektiert und schützt.